

# Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 342.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle in Schwedt, Brückenstraße 3, 1,25 M. für den Monat, 35 Pf. für die Woche; bei Lieferung durch unsere Boten in Schwedt frei ins Haus 1,43 M. für den Monat. Für Postbezug das übliche Bestellgeld. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Schwedt.



Polstschekkonto Berlin 39142. Anzeigen werden mit 20 Pf. für die einspaltige Zeile berechnet. Die Reklamezeile kostet 60 Pf. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen sowie für telephonisch aufgegebenen oder undeutlich geschriebene Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei zwangsweiser Eintreibung kein Rabatt. Anzeigenschluß 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden am Vortage erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 281

Freitag, den 1. Dezember 1933

40. Jahrgang

## Neuorganisation des Arbeitsdienstes

### Arbeitsdienst stellt Arbeitspaß aus.

Eigene Meldeämter ab 15. Dezember.

Mit dem 15. Dezember tritt eine wesentliche Neuorganisation des Arbeitsdienstes ins Leben. An diesem Tage werden die von der Reichsleitung des Arbeitsdienstes im ganzen Reich eingerichteten Meldeämter für den Arbeitsdienst ihre Tätigkeit aufnehmen. Diese haben die Aufgabe, sämtliche Freiwilligen zu erfassen, und von nun ab alle Einstellungen in den Arbeitsdienst vorzunehmen.

Das Reichsarbeitsministerium bzw. die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist ersucht worden, an alle Arbeitsämter die Anweisung zu geben, daß ab 15. Dezember die Freiwilligen, die sich für den Arbeitsdienst melden, an das nächstgelegene Meldeamt des Arbeitsdienstes zu verweisen sind. Den Arbeitsämtern ist bekanntgegeben worden, welches die nächstliegenden Meldeämter sind. Von jetzt ab werden also alle Freiwilligen

durch den Arbeitsdienst selbständig eingestellt, und zwar durch die Meldeämter. Annahmen erfolgen täglich an den Wochentagen während der Dienststunden.

Die Einstellung in den Arbeitsdienst erfolgt aber nur noch am 1. eines jeden Monats. Es ist für die sich Meldenden zweckmäßig, innerhalb der ersten vierzehn Tage eines Monats sich bei dem zuständigen Meldeamt zu melden, um am Schluß des Monats die Einstellungsaufforderung in den Händen zu haben. Wer nach dem 15. eines Monats sich meldet, läuft Gefahr, daß seine Einstellung erst im übernächsten Monat erfolgen kann, weil die den Meldeämtern auferlegte Pflicht der Überprüfung der Papiere einige Zeit in Anspruch nimmt.

Die Meldeämter werden auch die Entlassung aus dem Arbeitsdienst regeln und werden jedem Angehörigen des Arbeitsdienstes einen Arbeitspaß ausstellen. Dieser Paß wird in Deutschland bald ein sehr wichtiges Dokument sein.

Wir können uns denken, daß die Zeit nicht fern ist, wo der einzelne, wenn er sich um Arbeit oder um Anstellung im Staatsdienst, bei Gemeinden, Behörden usw. bemüht, zuerst zu hören bekommt: „Zeigen Sie Ihren Arbeitspaß!“, und daß das Vorzeigen des Arbeitspasses ihm dann moralisch vor denen einen Vorteil geben wird, die solchen Arbeitspaß nicht vorzuzeigen vermögen. Die junge Männerwelt Deutschlands hat also ein erhebliches Interesse daran, dafür zu sorgen, daß sie in den Besitz eines Arbeitspasses gelangt. Das ist nur möglich über den Arbeitsdienst, der ein Ehrendienst für Deutschland ist.

Auch mit dieser Neuorganisation, insbesondere mit der Einführung des Arbeitspasses, wird eine Entwicklung des schon heute hochbedeutenden Arbeitsdienstes aufgezeigt, die seinen Ausbau zur allgemeinen Arbeitsdienstpflicht immer wünschenswerter macht.

### Die Auf- und Abrüstungsschaukel.

Im englischen Parlament ist es zu einer erregten Aussprache über die Frage der Verstärkung der englischen Luftflotte gekommen. Die Debatte zeigte, ohne daß der geschätzte Freund und Bundesgenosse jenseits des Kanals mit Namen genannt wurde, eine erhebliche Sorge Englands gegenüber der mehrfachen Überlegenheit der Luftflotte Frankreichs. Konteradmiral Sueter forderte nachdrücklich die Verstärkung der vorhandenen 42 auf 52 Geschwader.

Oberst Wedgwood erklärte, da man Deutschland nicht an der Wiederaufrüstung hindern könne, könne auch England aufrüsten, „ohne irgendeinen Vertrag zu verletzen“ — das ehrenwerte Unterhausmitglied weiß natürlich genau, daß England ebenso wie Frankreich den Versailler Vertrag schon so lange verletzt, als es die auch von ihm in diesem Vertrag geforderte Abrüstung verweigert.

Minister Baldwin, der noch vor wenigen Tagen Frankreich als „die friedlichste Nation in Europa“ gerühmt hatte, führte einen wahren Eieranz auf, um in seiner Entgegnung an die Debatteredner Frankreich nicht nennen zu müssen. Er sprach wieder einmal von den „ungeheuren Schwierigkeiten“, die einer Abrüstung auf den Stand Deutschlands entgegenstünden — eine typisch englische Heuchelei; denn auch Baldwin, vielfacher Minister englischer Kabinette, weiß ganz genau, daß die Abrüstung Deutschlands von den Diktatormächten

binnen weniger Monate erzwungen wurde und daß folglich diese Abrüstung auch für England

und Frankreich bei einigem gutem Willen ohne weiteres möglich wäre. Herr Baldwin wurde schließlich für jeden Eingeweihten ganz deutlich mit den Sätzen:

„Eine der Schwierigkeiten besteht darin, daß ich nicht alles sagen kann, was ich weiß. Wenn ich sagen würde, wo die Schwierigkeiten liegen und wer sie macht, würde es unmöglich sein, jemals auch nur einen einzigen Zentimeter in der Abrüstung voranzukommen.“

Da das abgerüstete Deutschland nicht gemeint sein kann, werden sich die Herren in Paris mit Herrn Baldwin auseinandersetzen haben. Dies um so mehr, als Baldwin erklärte, durch den Antrag des Admirals Sueter „etwas nervös“ gemacht zu sein: eine englische Luftaufrüstung zur gleichen Zeit, wo sie Deutschland verweigert werde, würde die aller schlechteste Atmosphäre in Deutschland erzeugen.

Gerade in diesem Augenblick passierte ihm das Mißgeschick, daß der Oppositionsführer ihm einen Zettel auf die Rednertribüne hinaufreichte mit der Mitteilung, daß Herr Baldwin's Amtskollege, der englische Luftfahrtminister Lord Londonderry, soeben im Oberhaus sehr unverblümt die Aufrüstung in der Luft gefordert habe. Baldwin war so verlegen, daß er nur sagen konnte: „Ich habe keine Ahnung, was im Oberhaus gesagt worden ist.“

Die gesamte konservative Presse Englands unterstützt die Forderung nach Luftaufrüstung mit dem Hinweis darauf, daß England darin nur an fünfter Stelle stehe und durch die Luftflotten „anderer Länder“ in eine gefährliche Lage gekommen sei. Muß man nicht diese ewig „bedrohten“ Länder wie Frankreich und England herzlich bedauern? Ständig müssen sie um ihre Sicherheit in Angsten sein — von dem unlagerten Deutschland und seiner völligen Schlußlosigkeit sprechen sie kein Wort.

### Kurze politische Nachrichten.

Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, hat der Kreditausschuß der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt in seiner letzten Sitzung einer Reihe größerer, volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch bedeutsamer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugestimmt. Insgesamt belaufen sich die in der Sitzung des Kreditausschusses ausgesprochenen Bewilligungen auf rund fünf Millionen Mark.

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, von Winterfeldt-Mentlin, hat nach Errichtung der neuen Sitzung des Deutschen Roten Kreuzes der Reichsregierung sein Amt zur Verfügung gestellt.

Reichsminister Dr. Goebbels sprach, einer Einladung des Reichswehrministers folgend, vor den Offizieren und Beamten des Reichswehrministeriums über die „Grundlagen des Nationalsozialismus“. Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Generaloberst vom Blomberg dankte dem Minister Dr. Goebbels und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Vortragende noch oft vor diesem Kreise sprechen möge.

„Der Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Brief des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dörpmüller, in dem es u. a. heißt: Die Ständige Tarifkommission hat beschlossen, die Benutzung der zweiten Wagenklasse mit Fahrausweisen dritter Klasse bei allen Reisen für solche Preisbescheidigten zuzulassen, die 50 Prozent und mehr kriegsbeschädigt sind und denen der Arzt des Fürsorgeamtes bescheinigt, daß ihr körperlicher Zustand die Benutzung der zweiten Wagenklasse rechtfertigt.

Vollstimmigkeit über die neue Verfassung in Österreich? Wien. Der Salzburger Landeshaupmann Dr. Nehrl erklärte in Beantwortung einer Anfrage im Salzburger Landtag, daß die im Werden befindliche Verfassung auch die Zustimmung durch das Volk in Form einer Volksabstimmung erhalten soll. Die Bundesregierung trage sich mit dieser Absicht.

Der Gemeinderat in Hermannstadt aufgelöst. Bukarest. Die rumänische Regierung hat den Gemeinderat von Hermannstadt, in dem bisher die Deutschen die Mehrheit hatten, aufgelöst und durch eine sogenannte Interimskommission ersetzt, deren Vorsitzender der Rumäne Ivan Ist und dem außerdem als Mitglieder fünf Rumänen und drei Deutsche angehören. Diese Interimskommission, deren Dauer zeitlich unbegrenzt ist, übernimmt die Funktionen des bisherigen Gemeinderats, in dem also jetzt die Deutschen in die hoffnungslose Minderheit gedrängt sind.

Hindenburg an den scheidenden Präsidenten des Roten Kreuzes. Berlin. Der Reichspräsident hat an den scheidenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor a. D. von Winterfeldt-Mentlin, ein längeres persönliches Schreiben gerichtet, das in sehr herzlichen Worten gehalten ist.

### Die Franzosen kein kriegerisches Volk.

Kriegsminister Daladier hielt auf einem von der Vereinigung der Militärpresse gegebenen Frühstück eine Rede. Er sagte, man müsse endlich mit der Legende aufhören, die Frankreich beschuldige, imperialistische Ziele zu vertreten. Ebenso notwendig sei es aber auch, zu den anderen Gerüchten Stellung zu nehmen, wonach Frankreich im Falle einer Gefahr auf die Knie fallen würde. Das französische Volk sei gewiß kein kriegerisches Volk, es sei aber jederzeit bereit, seine Grenzen zu verteidigen, aus denen es ein unantastbares Bollwerk gemacht habe, das vom Norden bis nach Nizza mit Mannschaften, Munition und anderen Schutzmaßnahmen ausgerüstet werde. Sehr lobend sprach sich Daladier über den großen Generalstab aus, der der beste sei, den Frankreich je gehabt habe. Das Heer arbeite im stillen und entziehe sich allen Streitfragen, die in der Öffentlichkeit verhandelt würden. Frankreich wisse, was es koste, überfallen zu werden und mache deshalb alle Anstrengungen, damit sich eine derartige Maßnahme nicht wiederhole und damit Frankreich in den augenblicklichen Wirren stark bleibe, um der Gerechtigkeit zu verhelfen.

### Sechs rote Mörder hingerichtet.

Die Sühne für eine rohe und hinterlistige Bluttat Kölner Kommunisten.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, sind in Köln die durch Urteil des Schwurgerichts vom 22. Juli 1933 wegen Mordes bzw. wegen Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilten Kommunisten, nämlich die Arbeiter Hermann Hamacher, Otto Waeser, Bernhard Wilms, Heinrich Horst, Matthias Joseph Moritz und der Fensterputzer Josef Engel, hingerichtet worden.

Der preussische Ministerpräsident Göring hatte die Begnadigung der Verurteilten abgelehnt, da es sich bei der abgeurteilten Tat, die am 21. Februar d. J. in Köln begangen wurde, um einen organisierten Überfall der kommunistischen Unterwelt auf harmlose Nationalsozialisten gehandelt hat. Der Überfall geschah auf ausdrücklichen schriftlichen Befehl der örtlichen SPD, die angeordnet hatte, daß die von ihr ausgeschiedenen Schwerebewaffneten Patronier auf Nationalsozialisten scharfen, sie auf Waffen untersuchen und bei Weigerung der Durchsuchung „umlegen“ sollten.

Daß dieser Befehl nur zum Schein die Untersuchung anordnete, tatsächlich aber den sofortigen Mord jedes begegnenden Nationalsozialisten verlangte, hat seine Ausführung durch die verurteilten Täter bewiesen.

Die Verurteilten Hamacher und Otto Waeser trafen auf den in Uniform auf dem Heimweg begriffenen SA-Mann Spangenberg. Als dieser gerade an ihnen vorüberging, zog Hamacher

mit dem Ruf „Hände hoch!“ seine Pistole und gab dann auf drei bis vier Meter Entfernung einen Schuß auf ihn ab, so daß Spangenberg, in den Unterleib getroffen, nach einigen Schritten zusammenbrach. An dem Bauchschuß starb Spangenberg am nächsten Tage.

Der zweite Trupp, bestehend aus den Verurteilten Wilms, Moritz und Horst und zwei anderen, in dem Verfahren zu Zuchthaus Verurteilten, stieß auf die beiden SA-Männer Winterberg und Kessing, die in ihrer Uniform als Mitglieder einer SA-Kapelle waren. Sie stellten sich in einer Seitenstraße auf und eröffneten, als die beiden SA-Männer ahnungslos an ihnen vorbeiging, auf sie das Feuer.

Der SA-Mann Winterberg brach, von zwei Schüssen getroffen, zusammen und ist am nächsten Nachmittage an den Folgen dieser Verletzung gestorben.

Als er schon am Boden lag, wurde noch weiter auf ihn geschossen,

und der SA-Mann Kessing mußte den Versuch, seinen SA-Kameraden zu retten, aufgeben, als er selbst einen Schuß in das Knie erhielt. Bei seiner Flucht traf Kessing auf die Verurteilten Hamacher und Waeser, die daraufhin aus nächster Nähe mehrere Schüsse

auf ihn abgaben, von denen der eine in seinem Koppelschloß steckenblieb. Kessing gelang es schließlich, zu entkommen.

Durch solche rohe, feige und hinterlistige Mordtaten haben sich die Verurteilten selbst aus der Volksgemeinschaft für immer ausgeschlossen.